

# Sächsisches Amtsblatt

Nr. 3/2022

20. Januar 2022

## Inhaltsverzeichnis

### Sächsisches Staatsministerium des Innern

Bekanntmachung des Landeswahlleiters zu Mandaten des 7. Sächsischen Landtages vom 4. Januar 2022 ..... 98

### Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über die Aufforderung zur Einreichung von Förderanträgen aus dem Europäischen Sozialfonds im Förderzeitraum 2014 bis 2020 vom 3. Januar 2022 ..... 99

### Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Planfeststellung für das Bauvorhaben „B 96 Ausbau nördlich Zittau, 2. Bauabschnitt“ – Auslegung des Planfeststellungsbeschlusses – vom 21. Dezember 2021 ..... 101

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zur Online-Konsultation anstelle eines Erörterungstermins im Planfeststellungsverfahren zum Vorhaben „Wehlener Straße/Alttolkewitz/Österreicher Straße zwischen Schlömilchstraße und Leubener Straße“ vom 21. Dezember 2021 ..... 103

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Genehmigung der 4. Änderung der Neufassung der Verbandssatzung des DERAWA Zweckverbandes Delitzsch-Rackwitzer Wasserversorgung Gz.: 20-2217/106/1 vom 5. Januar 2022 ..... 105

Satzung zur 4. Änderung der Neufassung der Verbandssatzung des DERAWA Zweckverbandes Delitzsch-Rackwitzer Wasserversorgung ..... 106

### Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Landratsamtes Vogtlandkreis über die Genehmigung der 3. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Wasser und Abwasser Vogtland (ZWAV) vom 2. Mai 2016 vom 14. Dezember 2021 ..... 107

3. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Wasser und Abwasser Vogtland (ZWAV) vom 2. Mai 2016 vom 8. November 2021 ..... 108

# **Sächsisches Staatsministerium des Innern**

## **Bekanntmachung des Landeswahlleiters zu Mandaten des 7. Sächsischen Landtages**

**Vom 4. Januar 2022**

Durch Mandatsniederlegung des bisherigen Mitgliedes  
des 7. Sächsischen Landtages,

Frau Dr. Christiane Schenderlein, CDU,  
Listenbewerberin Platz sechs,

hat

Herr Tom Unger (Landesliste CDU, Platz 18)  
mit Wirkung vom 4. Januar 2022

die Mitgliedschaft im 7. Sächsischen Landtag erworben.

Kamenz, den 4. Januar 2022

Grundlage des vorstehenden Mandatswechsels ist das  
nach der Mandatsniederlegung durchgeführte Verfahren  
gemäß § 47 Absatz 1 in Verbindung mit §§ 41 Absatz 3, 44  
Absatz 1 des Sächsischen Wahlgesetzes in der Fassung der  
Bekanntmachung vom 15. September 2003 (SächsGVBl.  
S. 525), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 2. Juli  
2019 (SächsGVBl. S. 542) geändert worden ist.

Martin Richter  
Landeswahlleiter

# **Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**

## **Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über die Aufforderung zur Einreichung von Förderanträgen aus dem Europäischen Sozialfonds im Förderzeitraum 2014 bis 2020**

**Vom 3. Januar 2022**

Der Europäische Sozialfonds (ESF) ist das beschäftigungspolitische Förderinstrument der europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) und wird auch im Freistaat Sachsen umgesetzt. Dazu werden im Förderzeitraum 2014 bis 2020 über den ESF beschäftigungspolitisch wirksame Vorhaben zur Förderung folgender thematischer Ziele mittels Zuschüssen unterstützt:

- Förderung nachhaltiger und hochwertiger Beschäftigung und Unterstützung der Mobilität der Arbeitskräfte,
- Förderung der sozialen Inklusion und Bekämpfung von Armut und jeglicher Diskriminierung,
- Investitionen in Bildung, Ausbildung und Berufsbildung für Kompetenzen und lebenslanges Lernen.

Die Umsetzung der Förderung erfolgt auf der Grundlage von ESF-Förderrichtlinien der fondsbewirtschaftenden Staatsministerien im Rahmen folgender Investitionsprioritäten:

- Selbstständigkeit, Unternehmergeist und Gründung von Unternehmen, einschließlich von innovativen Kleinunternehmen sowie innovativen kleinen und mittleren Unternehmen,
- Anpassung der Arbeitskräfte, Unternehmen und Unternehmer an den Wandel,
- Aktive Inklusion, nicht zuletzt durch die Förderung der Chancengleichheit und aktiver Beteiligung, und Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit,
- Verringerung und Verhütung des vorzeitigen Schulabbruchs und Förderung des gleichen Zugangs zu einer hochwertigen Früherziehung und einer hochwertigen Grund- und Sekundarbildung, darunter (formale, nicht formale und informale) Bildungswege, mit denen eine Rückkehr in die allgemeine und berufliche Bildung ermöglicht wird,
- Verbesserung der Qualität und Effizienz von, und Zugang zu, Hochschulen und gleichwertigen Einrichtungen zwecks Steigerung der Zahl der Studierenden und der Abschlussquoten, insbesondere für benachteiligte Gruppen,
- Verbesserung der Arbeitsmarktrelevanz der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung, Erleichterung des Übergangs von der Bildung zur Beschäftigung und Stärkung der Systeme der beruflichen Bildung und Weiterbildung und deren Qualität, unter anderem durch Mechanismen für die Antizipation des Qualifikationsbedarfs, die Erstellung von Lehrplänen sowie die Einrichtung und Entwicklung beruflicher Bildungssysteme, darunter duale Bildungssysteme und Ausbildungswege.

Die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern, der Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung, der

nachhaltigen Entwicklung im Sinne des Umwelt- und Ressourcenschutzes sowie die Beachtung der Auswirkungen des demografischen Wandels sind Grundsätze der ESF-Förderung, die bei der Konzipierung und Umsetzung der ESF-Vorhaben zu berücksichtigen sind. Soziale Innovation und transnationale Zusammenarbeit stellen Querschnittsaufgaben dar, die vorhabensbezogen die Ziele des ESF unterstützen können.

Ansprechpartner für Beratung und Antragstellung sowie Bewilligungsstelle ist die

Sächsische Aufbaubank – Förderbank – (SAB)

Pirnaische Straße 9

01069 Dresden

Telefon 0351 4910-4930

Telefax 0351 4910-4000

E-Mail: [servicecenter@sab.sachsen.de](mailto:servicecenter@sab.sachsen.de)

Internet: [www.sab.sachsen.de](http://www.sab.sachsen.de)

Die SAB veröffentlicht auf der Grundlage der ESF-Förderrichtlinien auf ihrer Internetseite Informationen zur Förderung, die in Förderbausteinen die Fördermöglichkeiten in den jeweiligen Vorhabensbereichen näher erläutern. Informationen zur Beachtung der Grundsätze und Querschnittsaufgaben des ESF werden ebenfalls durch die Bewilligungsstelle veröffentlicht.

In den jeweiligen fachspezifischen Förderrichtlinien wird das Verfahren der Auswahl der Vorhaben genauer geregelt. Möglich sind ein laufendes Antragsverfahren oder ein Wettbewerbsverfahren mit Stichtagen. Darüber hinaus kann ein zweistufiges Antragsverfahren zugelassen sein, bei welchem bereits Vorhabensideen einer fachlich-inhaltlichen Vorprüfung unterzogen werden, bevor die eigentliche Antragsstellung erfolgt. Des Weiteren können Stellungnahmen von Fachstellen hinzugezogen werden, um die Bewilligungsstelle zu beraten.

Die Bewertung erfolgt mindestens nach folgenden Kriterien, die präzisiert und ergänzt werden können. Diese fließen mit der angegebenen Gewichtung in die Bewertung ein:

1. Ziele des Vorhabens (25 Prozent)
  - Ausgangssituation, Bedarf
  - regionaler Bezug, arbeitsmarktpolitische Bedeutung
  - konkrete Zielbeschreibung
  - inhaltliche Abgrenzung zu anderen Vorhaben
  - Darstellung der Zielgruppe beziehungsweise der Teilnehmer

- Erfahrungen des Projektträgers mit der Zielgruppe und im Vorhabensbereich
  - Referenzen, Berücksichtigung vorhandener Ergebnisse aus Vorprojekten
2. Zielerreichung, Arbeitsschritte (33 Prozent)
- Beschreibung der Arbeitspakete
  - Beschreibung der Methoden
  - Beschreibung des Eingehens auf spezifische Anforderungen
  - Zeitliche Gliederung, Meilensteinplan, Lehrplan
  - Verantwortlichkeiten
  - Kooperationsstruktur, gegebenenfalls Mitfinanzierung von Dritten
  - Inhaltliche Kompetenz des Antragstellers und des geplanten Personals
  - Maßnahmen zur Qualitätssicherung
3. Ergebnisse und Dokumentation (25 Prozent)
- Benennung zu erwartender Ergebnisse
  - Dokumentation der Ergebnisse
  - Vorgesehene Öffentlichkeitsarbeit
  - Art und Weise des Transfers in die Arbeits- und Unternehmenspraxis
  - Aussagen zur Fortführung (ohne Förderung), Nachnutzung von Ergebnissen
4. Gesamtausgaben, Fördersumme, Eigenanteil, Wirtschaftlichkeit (17 Prozent)
- Gesamtausgaben/-kosten des Vorhabens, angemessenes Kosten-Nutzen-Verhältnis, Effizienz, Angabe der Herkunft der zu erbringenden Eigenmittel und/oder Drittmittel (sofern zutreffend)
  - Effektivität der Methoden der Zielerreichung
  - Anzahl der Teilnehmer/Projekte

Daneben werden Aussagen hinsichtlich des jeweiligen Beitrags zu den ESF-Grundsätzen

- Umwelt- und Ressourcenschutz
  - Gleichstellung von Frauen und Männern
  - Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung
- erwartet. Sofern die geplanten Vorhaben mit besonderen Maßnahmen zur Umsetzung der Grundsätze (Umwelt- und Ressourcenschutz, Gleichstellung von Frauen und Männern, Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung) beitragen, werden diese bei der Bewertung zusätzlich berücksichtigt.

Bei der Bewertung zusätzlich berücksichtigt werden außerdem Vorhaben, die die Umsetzung der Querschnittsaufgaben:

- Soziale Innovation
  - Transnationale Zusammenarbeit
- beinhalten.

Sofern eine positive Stellungnahme der lokalen Arbeitsgruppe (LAG) zu Vorhaben der lokalen Entwicklung vorliegt, wird diese berücksichtigt. Die Antragsstellen in den anerkannten LEADER-Gebieten finden Sie hier: <https://www.smul.sachsen.de/foerderung/3663.htm>

Bei gleicher Bewertung mehrerer Vorhaben werden durch das Auswahlgremium weitere relevante Kriterien bei der Auswahl herangezogen, die sich aus den Spezifika der Vorhabensbereiche ergeben und dokumentiert werden.

Potenzielle Antragsteller werden aufgefordert, sich bei der Bewilligungsstelle beraten zu lassen und je nach Freigabe der Antragstellung entsprechende Förderanträge einzureichen.

Diese regelmäßige Veröffentlichung dient der Umsetzung eines offenen, transparenten und bedingungsfreien ESF-Auswahlverfahrens im Freistaat Sachsen.

Dresden, den 3. Januar 2022

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
Marth  
Referatsleiterin

**Landesdirektion Sachsen**  
**Bekanntmachung**  
**der Landesdirektion Sachsen**  
**über die Planfeststellung für das Bauvorhaben**  
**„B 96 Ausbau nördlich Zittau, 2. Bauabschnitt“**  
**– Auslegung des Planfeststellungsbeschlusses –**  
**Vom 21. Dezember 2021**

I.

Mit Planfeststellungsbeschluss der Landesdirektion Sachsen vom 18. Oktober 2021, Gz.: 32-0522/108/15, ist der Plan für den Ausbau der B 96 zwischen Mittelherwigsdorf und Oderwitz gemäß § 17 Satz 1 des Bundesfernstraßengesetzes und § 74 Absatz 1 Satz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes festgestellt worden.

II.

Da es sich um ein UVP-pflichtiges Vorhaben handelt, ist gemäß § 27 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung die Entscheidung über das Vorhaben öffentlich bekannt zu machen.

Je eine Ausfertigung des Planfeststellungsbeschlusses liegt zusammen mit einer Ausfertigung der festgestellten Planunterlagen in der Zeit

**vom 28. Januar bis zum 11. Februar 2022**  
**(jeweils einschließlich)**

bei den folgenden Gemeinden zur Einsicht während der Dienststunden aus:

- **Gemeindeverwaltung Mittelherwigsdorf, Am Gemeindeamt 7, 02763 Mittelherwigsdorf**  
Coronabedingt wird gebeten, den Termin für eine beabsichtigte Einsichtnahme in die ausliegenden Unterlagen vorab mit der Gemeinde abzustimmen; Kontaktdaten: Bauamt, Herr M. Erbe, Tel. 03583/501316 oder zentral Tel. 03583/50130
- **Gemeindeverwaltung Oderwitz, Straße der Republik 54, 02791 Oderwitz**  
Coronabedingt wird gebeten, den Termin für eine beabsichtigte Einsichtnahme in die ausliegenden Unterlagen vorab mit der Gemeinde abzustimmen; Kontaktdaten: Frau Naumann, Tel. 035842/223-62 oder per E-Mail: [liegenschaften@oderwitz.de](mailto:liegenschaften@oderwitz.de)

Der Planfeststellungsbeschluss wird denjenigen, über deren Einwendung entschieden worden ist, und den Vereinigungen, über deren Stellungnahme entschieden worden ist, zugestellt (§ 74 Absatz 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes).

Der Planfeststellungsbeschluss gilt mit Ende der Auslegungsfrist allen übrigen Betroffenen gegenüber als zugestellt (§ 74 Absatz 4 Satz 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes).

Bis zum Ablauf der Rechtsbehelfsfrist kann der Planfeststellungsbeschluss von den Betroffenen und denjenigen, die Einwendungen rechtzeitig erhoben haben, bei der Landesdirektion Sachsen, Dienststelle Dresden, Stauftenbergallee 2, 01099 Dresden, schriftlich angefordert werden.

Zusätzlich kann der Planfeststellungsbeschluss über die Internet-Seite [www.lids.sachsen.de/bekanntmachung](http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung), Rubrik – Infrastruktur – Bundesfernstraßen – eingesehen werden. Für die Vollständigkeit und Übereinstimmung der im Internet veröffentlichten Unterlagen mit den amtlichen Auslegungsunterlagen wird keine Gewähr übernommen. Der Inhalt der zur Einsicht ausgelegten Unterlagen ist maßgeblich.

III.

**Gegenstand des Vorhabens**

Das geplante Bauvorhaben umfasst den Ausbau der Bundesstraße B 96 nördlich von Zittau auf einer Strecke von 2,306 km einschließlich des Anbaus eines Radweges. Das Bauvorhaben liegt überwiegend auf der freien Strecke zwischen den Gemeinden Mittelherwigsdorf und Oderwitz mit Ausnahme des 240 m langen Abschnittes der Ortsdurchfahrt am Beginn sowie des 230 m langen Abschnittes der Ortsdurchfahrt Oderwitz am Ende der Baustrecke. Am Ende der Ausbaustrecke wird der Radweg auf 161 m weitergeführt und an den bereits bestehenden Radweg in der Gemeinde Oderwitz angeschlossen.

Wegen weiterer Details wird auf die Planunterlagen verwiesen.

Verfügender Teil des Planfeststellungsbeschlusses

Dem Träger der Straßenbaulast wurden Auflagen erteilt.

In dem Planfeststellungsbeschluss ist über alle rechtzeitig vorgetragenen Einwendungen, Forderungen und Anregungen entschieden worden.

Die in den Planunterlagen enthaltenen Grunderwerbsunterlagen enthalten aus Datenschutzgründen keine Angaben über Namen und Anschriften der Grundeigentümer. Betroffenen Grundeigentümerinnen und -eigentümern wird von der auslegenden Stelle oder der Planfeststellungsbehörde auf Anfrage Auskunft über die vom Vorhaben betroffenen eigenen Grundstücke gegeben.

IV.  
**Rechtsbehelfsbelehrung**

Die Rechtsbehelfsbelehrung des Beschlusses lautet:

Gegen diesen Planfeststellungsbeschluss kann innerhalb eines Monats nach seiner Zustellung beim Sächsischen Oberverwaltungsgericht, Ortenburg 9, 02625 Bautzen (Postanschrift: Sächsisches Oberverwaltungsgericht, Postfach 44 43, 02634 Bautzen), schriftlich Klage erhoben werden. Die Klage kann auch elektronisch erhoben werden nach Maßgabe des § 55a der Verwaltungsgerichtsordnung sowie der Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung vom 24. November 2017 (BGBl. I S. 3803) in der jeweils geltenden Fassung.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Sachsen) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sind innerhalb einer Frist von zehn Wochen nach Klageerhebung anzugeben. Erklärungen und Beweismittel, die erst nach Ablauf dieser Frist vorgebracht werden, können durch das Gericht zurückgewiesen werden.

Der Kläger muss sich durch einen Bevollmächtigten vertreten lassen. Welche Bevollmächtigten dafür zugelassen sind, ergibt sich aus § 67 in Verbindung mit Absatz 2 der Verwaltungsgerichtsordnung.

Dresden, den 21. Dezember 2021

Landesdirektion Sachsen  
Andrea Staude  
Vizepräsidentin der Landesdirektion Sachsen

**Bekanntmachung  
der Landesdirektion Sachsen  
zur Online-Konsultation  
anstelle eines Erörterungstermins  
im Planfeststellungsverfahren zum Vorhaben  
„Wehlener Straße/Altolkewitz/Österreicher Straße  
zwischen Schlömilchstraße und Leubener Straße“**

**Vom 21. Dezember 2021**

Die Landesdirektion Sachsen führt im Rahmen des Anhörungsverfahrens für das Vorhaben „Wehlener Straße/Altolkewitz/Österreicher Straße zwischen Schlömilchstraße und Leubener Straße“ gemäß § 5 Absatz 1, 3 und 4 des Planfeststellungsgesetzes in Verbindung mit § 73 Absatz 6 Satz 2 bis 4 des Verwaltungsverfahrensgesetz ersatzweise eine Online-Konsultation durch. Dies erfolgt anstelle eines Erörterungstermins.

Im Rahmen der Online-Konsultation werden den Teilnehmereberechtigten, das heißt, der Vorhabenträgerin, den Behörden, den Betroffenen und denjenigen, die Einwendungen erhoben oder Stellungnahmen abgegeben haben beziehungsweise den benannten Vertretern, die sonst im Erörterungstermin zu behandelnden Informationen zugänglich gemacht. Hierzu wurden alle rechtzeitig gegen den Plan erhobenen Einwendungen, alle rechtzeitig abgegebenen Stellungnahmen von Vereinigungen sowie die Stellungnahmen von Behörden mit der Erwiderung der Vorhabenträgerin in einer allgemeinen Synopse aufbereitet.

Die **Online-Konsultation** findet im Zeitraum

**von Freitag, den 28. Januar 2022  
bis Montag, den 28. Februar 2022**

statt.

Die Teilnehmereberechtigten können sich

**bis zum Ablauf der Äußerungsfrist, das  
ist Montag, der 28. Februar 2022**

bei der Landesdirektion Sachsen, 09105 Chemnitz (Postfachanschrift) und bei der Landesdirektion Sachsen, Dienststelle Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden oder bei der Landeshauptstadt Dresden, Postfach 12 00 20, 01001 Dresden schriftlich oder zur Niederschrift sowie elektronisch unter [WehlenerStraße@lds.sachsen.de](mailto:WehlenerStraße@lds.sachsen.de) oder unter [66.2@dresden.de](mailto:66.2@dresden.de) während der Online-Konsultation äußern.

Sofern erwogen wird, die Äußerung zur Niederschrift bei der Landesdirektion Sachsen zu erklären, bitten wir um vorherige Terminvereinbarung unter E-Mail: [WehlenerStraße@lds.de](mailto:WehlenerStraße@lds.de) oder unter Tel. 0351/825 3232.

Aufgrund der COVID-19-Pandemie ist von Besuchern bei der Niederschrift bei der Landesdirektion Sachsen ein Impf-, Genesenen- oder Testnachweis vorzulegen, eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen sowie sind die Kontaktdaten zur Erfassung anzugeben. Bitte beachten Sie auch die Hinweise der Landesdirektion Sachsen unter [www.lds.sachsen.de](http://www.lds.sachsen.de).

Für die Online-Konsultation werden den zur Teilnahme Berechtigten eine einführende Präsentation der Vorha-

benährerinnen zum Vorhaben, die Planunterlagen sowie die vollständige Synopse (inhaltliche Gegenüberstellung der Erwiderungen der Vorhabenträgerin zu den eingegangenen Einwendungen) in anonymisierter Fassung wie folgt zugänglich gemacht:

- Digital werden die Unterlagen (einführende Präsentation und Planunterlagen) auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen, unter <http://www.lds.sachsen.de/bekanntmachung>, Rubrik – Infrastruktur – Straßenbahnen – und zudem über das zentrale Internetportal unter <https://www.uvp-verbund.de> zur Verfügung gestellt.
- Parallel dazu wird der Vorhabenträgerin, den Behörden, denjenigen, die Einwendungen erhoben oder Stellungnahme abgegeben haben sowie den in der Unterschriftenliste benannten Vertretern die auf ihre konkrete Einwendung eingehende Synopse (einwendungsbezogene Erwiderung der Vorhabenträgerin) durch individuelle Zustellung zugänglich gemacht.
- In Papierform werden die benannten Unterlagen zudem bei der Stadt Dresden, St. Petersburger Straße 9, 01067 Dresden im Raum K344 im Zeitraum von Freitag, den 28. Januar 2022 bis einschließlich Montag, den 28. Februar 2022 bereitgestellt.

Um Kontakte und damit das Infektionsrisiko zu reduzieren, bedarf die Einsichtnahme bei der Stadt Dresden einer vorherigen Terminvereinbarung unter Tel. 0351/488-4327 oder per E-Mail [66.22@dresden.de](mailto:66.22@dresden.de).

Die **Teilnehmereberechtigung** ist gegenüber der auszulegenden Stelle zu erklären.

Aufgrund der COVID-19-Pandemie ist von Besuchern bei der Einsichtnahme in der Stadt Dresden ein 3G-Nachweis vorzulegen und eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen. Zudem sind die jeweils aktuellen coronabedingten Zutrittsregeln zu beachten. Bitte beachten Sie auch die Hinweise der Stadt Dresden unter [www.dresden.de](http://www.dresden.de).

Es wird auf Folgendes hingewiesen:

1. In der Online-Konsultation werden die rechtzeitig gegen den Plan erhobenen Einwendungen und rechtzeitig abgegebenen Stellungnahmen von Vereinigungen und die Stellungnahmen von Behörden erörtert. Ihnen wird hierzu die Gelegenheit gegeben, sich schriftlich oder elektronisch zu den bereitgestellten Unterlagen zu äußern.
2. Mit der Möglichkeit zur Äußerung im Rahmen der Online-Konsultation wird keine neue, zusätzliche Einwendungsmöglichkeit eröffnet.

3. Die Regelungen über die Online-Konsultation lassen den bereits eingetretenen Ausschluss von Einwendungen unberührt (§ 5 Absatz 4 Satz 4 des Planungssicherungsgesetzes).
  4. Die Online-Konsultation ist nicht öffentlich.
  5. Die Teilnahme an der Online-Konsultation ist jedem, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, freigestellt. Die bisher eingegangenen Einwendungen fließen auch dann in die weitere Entscheidung ein, wenn keine Teilnahme an der Online-Konsultation erfolgt oder in deren Rahmen keine weitere Äußerung erfolgt. Eine Wiederholung der bereits vorgebrachten Argumente in der Online-Konsultation ist daher nicht erforderlich.
  6. Die ersatzweise durchgeführte Online-Konsultation ist mit Ablauf der oben genannten Äußerungsfrist beendet.
  7. Eine Eingangsbestätigung zu den Äußerungen erfolgt nicht.
  8. Teilnahmeberechtigte können sich durch einen Bevollmächtigten vertreten lassen. Die Bevollmächtigung ist durch schriftliche Vollmacht gegenüber der Landesdirektion Sachsen schriftlich nachzuweisen und zu den Akten zu legen.
  9. Durch die Teilnahme an der Online-Konsultation oder durch Vertreterbestellung entstehende Kosten werden nicht erstattet.
- Diese Bekanntmachung ist neben der Veröffentlichung im Amtsblatt der Landeshauptstadt Dresden, im Sächsischen Amtsblatt und in der örtlichen Tagespresse auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung>, Rubrik – Infrastruktur – Straßenbahnen – einsehbar und zusätzlich über das zentrale Internetportal unter <http://www.uvp-verbund.de> zugänglich.

#### **Datenschutzhinweise**

Bei der Teilnahme an der Online-Konsultation, der Abgabe von Stellungnahmen und Äußerungen oder der Erhebung von Einwendungen seitens der Beteiligten werden zum Zwecke der Durchführung dieses Planfeststellungsverfahrens Daten erhoben. Diese Daten werden von der Landesdirektion Sachsen in Erfüllung ihrer Aufgaben gemäß den geltenden Bestimmungen zum Datenschutz verarbeitet. Die entsprechenden datenschutzrechtlichen Informationen nach Artikel 13 Absatz 1 und 2 sowie Artikel 14 Absatz 1 und 2 der Datenschutz-Grundverordnung sind unter <https://www.lids.sachsen.de/Datenschutz> einsehbar.

Dresden, den 21. Dezember 2021

Landesdirektion Sachsen  
Godehard Kamps  
Abteilungsleiter Infrastruktur



**Bekanntmachung  
der Landesdirektion Sachsen  
über die Genehmigung  
der 4. Änderung der Neufassung der Verbandssatzung  
des DERAWA Zweckverbandes Delitzsch-Rackwitzer Wasserversorgung**

**Gz.: 20-2217/106/1**

**Vom 5. Januar 2022**

Die Landesdirektion Sachsen hat mit Bescheid vom 13. Dezember 2021 auf der Grundlage von § 61 Absatz 1 in Verbindung mit § 26 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) die von der Verbandsversammlung am 25. November 2021 beschlossene 4. Änderung der Neufassung der Verbandssatzung des DERAWA Zweckverbandes Delitzsch-Rackwitzer Wasserversorgung genehmigt.

Die 4. Änderung der Neufassung der Verbandssatzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Satzung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Dresden, den 5. Januar 2022

Landesdirektion Sachsen  
Roth  
Referatsleiter

## **Satzung**

### **zur 4. Änderung der Neufassung der Verbandssatzung des DERAWA Zweckverbands Delitzsch-Rackwitzer Wasserversorgung**

Auf der Grundlage der §§ 61 Absatz 1, 26 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) in Verbindung mit § 43 Absatz 1, 2 und 3 des Sächsischen Wassergesetzes (SächsWG) vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. Juli 2016 (SächsGVBl. S. 287) geändert worden ist, hat die Verbandsversammlung des DERAWA Zweckverbands Delitzsch-Rackwitzer Wasserversorgung am 25. November 2021 folgende Satzung zur 4. Änderung der Neufassung der Verbandssatzung vom 13. November 2014 beschlossen:

#### **Artikel 1 Änderungsbestimmungen**

##### **In § 4 – Anlagen und Vermögen – wird der Absatz (5) wie folgt eingefügt:**

Soweit ein Zweckverbandsmitglied nach der mit dem Beitritt verbundenen Übertragung von Anlageneigentum weiteres Anlageneigentum ohne Gegenleistung (insbesondere nach Erhalt von Fördermitteln) in den Zweckverband einbringt, wird dieses bei der Bestimmung seines Anteils am Zweckverbandsvermögen abweichend von der sonst bestimmten Regel über die Quotierung der Beteiligung der Mitgliedsgemeinden am Zweckverbandsvermögen ausschließlich ihm zugeordnet.

##### **Der § 5 – Anteile der Verbandsmitglieder – wird wie folgt neu gefasst:**

Die anteilige Beteiligung des einzelnen Verbandsmitgliedes am Verband bestimmt sich nach der dem Verbandsmitglied gemäß § 7 Abs. 2 der Verbandssatzung zustehenden Stimmenzahl im Verhältnis zur satzungsmäßigen Gesamtstimmenzahl, wobei die Regelung von § 7 Abs. 3 der Verbandssatzung in Verbindung mit § 52 Abs. 2 SächsKomZG keine Anwendung findet.

##### **Der § 7 – Verbandsversammlung – wird wie folgt neu gefasst:**

(1) Die Verbandsversammlung besteht aus je einem Vertreter der Verbandsmitglieder.

(2) Jedes Verbandsmitglied hat je angefangene 1.000 Einwohner eine Stimme der Verbandsversammlung. Maßgebend ist die vom Statistischen Landesamt zum 30. Juni des Vorjahres fortgeschriebene Einwohnerzahl. Für Verbandsmitglieder, die nur Teile ihres Gemeindegebietes in das Verbandsgebiet einbringen, sind die Einwohnerzahlen der jeweiligen Gemeindeteile maßgebend; sie sind verpflichtet, dem Verband die Einwohnerzahl per 30. Juni des Vorjahres für den im Verbandsgebiet gelegenen Gemeindegebietsanteil mitzuteilen. Auf jedes Verbandsmitglied sind mindestens 1.000 Einwohner anzurechnen.

(3) Kein Verbandsmitglied besitzt gemäß § 52 Abs. 2 SächsKomZG mehr als zwei Fünftel der satzungsmäßigen Stimmenzahl.

#### **Artikel 2 In-Kraft-Treten**

Die Satzung zur 4. Änderung der Neufassung der Verbandssatzung des DERAWA Zweckverband Delitzsch-Rackwitzer Wasserversorgung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Satzung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

##### **Ausfertigungsvermerk:**

Die vorstehende Satzung wird hiermit ausgefertigt und ist nach § 49 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit genehmigen zu lassen.

Delitzsch, den 25. November 2021

DERAWA Zweckverband Delitzsch-Rackwitzer Wasserversorgung  
Dr. Wilde  
Verbandsvorsitzender

##### **Hinweis nach § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung**

Nach § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Sächsischen Gemeindeordnung zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Die gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,

3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Absatz 2 der Sächsischen Gemeindeordnung wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in § 4 Absatz 4 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung genannten Frist
  - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
  - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber dem Zweckverband unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden sind.

Ist eine Verletzung nach Nummer 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Absatz 4 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

## **Andere Behörden und Körperschaften**

### **Bekanntmachung des Landratsamtes Vogtlandkreis über die Genehmigung der 3. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Wasser und Abwasser Vogtland (ZWAV) vom 2. Mai 2016**

**Vom 14. Dezember 2021**

Das Landratsamt Vogtlandkreis hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde über den Zweckverband Wasser und Abwasser Vogtland mit Bescheid vom 14. Dezember 2021 auf der Grundlage des § 61 Absatz 1 und § 26 Absatz 3 in Verbindung mit § 74 Absatz 1 Nummer 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl.

S. 270) die von der Verbandsversammlung am 8. November 2021 beschlossene 3. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Wasser und Abwasser Vogtland (ZWAV) vom 2. Mai 2016 genehmigt.

Die Satzung wird nachstehend bekannt gemacht.

Plauen, den 14. Dezember 2021

Landratsamt Vogtlandkreis  
Rolf Keil  
Landrat

### **3. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Wasser und Abwasser Vogtland (ZWAV) vom 2. Mai 2016**

**Vom 8. November 2021**

Auf der Grundlage vom § 61 Absatz 1 in Verbindung mit § 26 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) und § 16 Absatz 1 der Verbandssatzung des ZWAV vom 2. Mai 2016 (SächsABl. S. 923), zuletzt geändert durch Satzung vom 19. November 2018 (SächsABl. S. 260) hat die Verbandsversammlung des ZWAV in ihrer öffentlichen Sitzung am 8. November 2021 folgende Satzung beschlossen:

#### **Artikel 1 – Änderung der Verbandssatzung**

(1) § 8 Absatz 2 Buchst. b) wird wie folgt neu gefasst:

„5 vom Hundert für Klärwerke, soweit diese aufgrund Mischsystem auch Niederschlagswasser behandeln,“

(2) § 12 Absatz 1 wird wie folgt neu gefasst:

„Für die Wirtschaftsführung, das Rechnungswesen und die Jahresabschlussprüfung des ZWAV finden die für die Wirtschaftsführung, das Rechnungswesen und die Jahresabschlussprüfung der Eigenbetriebe geltenden Vorschriften entsprechend Anwendung. Der Verwaltungsrat tritt an die Stelle eines beschließenden Betriebsausschusses.“

(3) In § 20 Absatz 3 wird Satz 2 ersatzlos gestrichen.

#### **Artikel 2 – Inkrafttreten**

Die Änderungen der Verbandssatzung nach Artikel 1 treten am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung und der Bekanntmachung ihrer Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde in Kraft.

Plauen, den 8. November 2021

Zweckverband Wasser und Abwasser Vogtland  
Steffen Zenner  
Verbandsvorsitzender

#### **Hinweis nach § 4 Absatz 4 Sächsische Gemeindeordnung:**

Nach § 47 Absatz 2 Satz 1, § 5 Absatz 3, § 6 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in Verbindung mit § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formschriften zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,

3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 56 Absatz 3, § 21 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in Verbindung mit § 52 Absatz 2 der Sächsischen Gemeindeordnung wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in § 4 Absatz 4 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung genannten Frist
  - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
  - b) die Verletzung der Verfahrens- und Formvorschrift gegenüber dem Zweckverband unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.Ist eine Verletzung nach den Ziffern 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Absatz 4 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.





---

## Impressum

**Herausgeber:**

Sächsische Staatskanzlei  
Archivstraße 1  
01097 Dresden  
Telefon: 0351 564 11312

**Verlag:**

SV SAXONIA Verlag  
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH  
Lingnerallee 3  
01069 Dresden  
Telefon: 0351 485260  
Telefax: 0351 4852661  
E-Mail: [gvbl-abl@saxonia-verlag.de](mailto:gvbl-abl@saxonia-verlag.de)  
Internet: [www.recht-sachsen.de](http://www.recht-sachsen.de)  
Verantwortlicher Redakteur: Rechtsanwalt Frank Unger

**Druck:**

Stoba-Druck GmbH  
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

**Redaktionsschluss:**

13. Januar 2022

**Bezug:**

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 209,89 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 42,03 Euro Postversand) bzw. 114,97 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 6,53 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Lingnerallee 3, 01069 Dresden  
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 